

**Daniel Yergin, Joseph Stanislaw:
Staat oder Markt. Die Schlüssel-
frage unseres Jahrhunderts,
Frankfurt/M.-New York 1999,
610 S., 64 Abb. (34 €)**

Wer wissen will, warum sich der marktradikale Neoliberalismus in seinen verschiedenen Spielarten seit drei Jahrzehnten in der nunmehr fast einheitlich kapitalistischen Welt durchgesetzt hat, der muß zu diesem Buch greifen. Yergin und Stanislaw, Kenner der Materie, haben ein packendes, suggestives Werk geschrieben, das den Sieg über den Keynesianismus anschaulich beschreibt. Der Pulitzer-Preis von 1992 für Yergin war zweifellos berechtigt – wer zu diesem Buch greift, wird von einer fesselnden Darstellung des Ringens um eine ›Balance‹ zwischen Staat und Markt, zwischen Staat und Wirtschaft seit 1945 gefesselt werden. Wer wissen will, warum und wie eine solch radikale Wendung der Ausgestaltung von kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft greifen konnte, wird als kritischer Leser viel über die Auseinandersetzung um die effektivste Profitrealisierung erfahren. Er wird begreifen, daß eine solche Suggestivkraft wie die der Autoren ausschlaggebend für den Siegeszug von Ideen, weniger von harten Fakten war und ist.

Ja, hier ist ein Buch der Gegner eines Zuviels an Staatseinfluß für seine Offenheit und Stringenz zu loben. Es besticht weniger durch Fakten und Wirtschaftszahlen. Vielmehr wird eine zwingende Argumentation entwickelt, die erklärt, warum es in den ausgehenden siebziger Jahren Margaret Thatcher und ihrem ›Denkminister‹ Keith Joseph gelang, zunächst in Old England das Ruder herumzuwerfen. Sie machten die Ideen von Hayek und Friedman politikfähig. Dagegen blenden die Autoren die treibenden wirtschaftlichen Interessen aus. Sie kommen völlig mit der Darstellung jener ideologischen Mächte und Bewegungen aus, die nicht nur an der Oberfläche erfolgreich den hegemonialen Block weg vom Keynesianismus und hin zur »Befreiung von Staatsdirigismus« und Privatisierung umfunktionierten, den Wandel vom »rheinischen« zum »angelsächsischen« Kapitalismus.

Für sie spielen Technologierevolution und Informationstechnologien eine wichtige Rolle, ohne sich dabei allzu sehr aufzuhalten. Ebenso en passant wird die Globalisierung – heute Alibi für Sozialabbau und Standortkampf – nur gestreift. Auch die Systemauseinandersetzung und alternative Gesellschaftskonzepte spielen nur am Rande eine Rolle. Allein der Erfolg der marktwirtschaftlichen Transformation in Osteuropa und des chinesischen Kurswechsels unter Deng Xiao-ping berühren. Bezeichnenderweise fehlt jegliche Häme für den Niedergang des Realsozialismus. Die Autoren vermuten gar, daß ein Zusammenbruch in den siebziger Jahren weit mehr Berührungspunkte gebracht hätte, weil damals im Westen Planifikation, Staatseigentum und Sozialstaatlichkeit dominierten. Der Zusammenbruch 1989/91 ist nicht ihr Problem, bestätigt aber den Befund, daß sich der Staat aus der Wirtschaft sowohl als Eigentümer wie übermächtiger Regulator zurückziehen muß und bestenfalls die Rolle als »Schiedsrichter« behalten darf.

Allein, das Buch enthüllt nicht nur die ideologischen Mechanismen des Paradigmenwechsels zum Thatcherismus und schließlich zum generellen Rückzug des »starken Staates«. Für den kritischen Leser, der sich nicht so rasch vereinnahmen läßt und an einer notwendigen politischen Bändigung der Wirtschaft festhält, bietet das Buch auch den Vorteil, daß eine überzeugende Geschichte der gemischten, regulierten Wirtschaft in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten erzählt wird. Mit unterschiedlicher Ausprägung in Westeuropa, aber auch den USA machte der Staat eingreifende Wirtschaftspolitik. Deutlich wird, daß die Wirtschaftskrisen der siebziger Jahre dieses von Keynes beeinflusste System insgesamt in eine Krise stürzten, in der die nie verstumten Forderungen nach Laissez-faire der Marktkräfte nun auch in breiten Wählerschichten, in der Intelligenz und bei den politisch Verantwortlichen wieder Gehör fanden. Die scheinbar so neutrale Darstellung des »Kampfes um die angemessene Balance zwischen Staat und Markt« (S. 7) entpuppt sich als parteiische Streitschrift für die Marktdominanz, genauer der Wirtschaft, der dort einflußreichen Eliten, des Profits. Der angebliche Ausweg einer Aktionärsdemokratie breit gestreuter Aktien sollte angesichts der realen Vertei-

lung wirtschaftlicher Macht auch weniger skeptische Leser zweifeln lassen.

Auffällig ist, daß die Autoren just 1945 mit ihrer Darstellung einsetzen. Nach einer vorgeblich langen Zeit der freien Konkurrenz begann nun eine aus Nachkriegssituation und Einfluß des sowjetischen Planwirtschaftsmodells geborene Entwicklung, die erfolgreich, aber dennoch zum Scheitern verurteilt war. Wenig erfährt der Leser über die staatskapitalistischen Eingriffe im 1. Weltkrieg oder über die weit radikaleren Folgen sowohl von Nationalsozialismus wie New Deal. Auch das sowjetische Modell mit seinen unterschiedlichen Nuancen hätte eine differenzierte Betrachtung verdient. Entlarvend ist der Verzicht auf eine kritische Analyse der Resultate jenes Paradigmenwechsels hin zu einem allein dem Profit unterworfenen Kapitalismus, in dem sich das schnellere, innovativere, finanzkräftigere, stärkere Kapital durchsetzt. Da werden Großbritannien und Neuseeland gelobt und nicht über die fatalen Folgen der Privatisierung reflektiert, massive Arbeitslosigkeit und das mit poor working erkaufte »Jobwunder« werden nicht problematisiert. Kein Wunder ist das fast durchgängige Ausblenden des skandinavischen Entwicklungsweges, der trotz aller Schwankungen und Abstriche doch noch hartnäckig der schönen neuen Kapitalwelt widersteht.

Für linke Politik sollte allerdings klar sein: Ohne Aufweichen der ideologischen Grundlagen des bestehenden Systems, ohne Aufzeigen seiner Verirrungen und letztlich sozialen, humanen Ineffizienz, ohne ein Kippen des historischen Blocks und dem Gewinnen einer geistig-kulturellen Hegemonie haben schlechte wie gute wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen kaum eine Chance. Yergin und Stanislaw machen eine entscheidende Rechnung auf: Sie verlangen von ihrem Kapitalismus »kluge Vorsicht« für einen Marktkonsens, der soziale Risiken mindert und Legitimität durch »Selbstbeschränkung«. Sie sehen, daß hier die Moral des deregulierten Kapitalismus schwach ist. Dagegen »ist die moralische Anziehungskraft des Sozialismus und der staatlichen Intervention klar und deutlich: Selbstlosigkeit, Mitgefühl, Sympathie und Solidarität unter den Menschen; Würde und soziale Verbesserungen; Gerechtigkeit und Fairness; Hoffnung.« Das Marktsystem

habe so etwas nicht zu bieten, wirke eher über das, »was es ermöglicht, als in dem, was es tut«. Sein Vorteil: Es bietet Resultate und Möglichkeiten über den Eigennutz, der auch der Gesellschaft diene und es schütze vor der »willkürlichen und unkontrollierten Macht des Staates«. Ihre Furcht: Daß diese Maximen nicht funktionieren und dann der Staat gegen »den Missbrauch privater Macht und das Gespenst roher Gier« wieder eingreife. (S. 538/539)

STEFAN BOLLINGER

Uwe Jens, Hajo Romahn (Hrsg.):
Der Einfluß der Wissenschaft
auf die Politik, Metropolis Verlag
Marburg 2002, 162 S. (16,80 €)
Erwin Weissel:
Politik für Profiteure.
Die politische Ökonomie
des Neoliberalismus,
Promedia Verlag Wien 2002,
208 S. (17,90 €)

Unbestritten ist zweifellos, daß die Wissenschaft auf die Politik in bestimmtem Maße Einfluß ausübt. Inwieweit dies aber im Konkreten der Fall ist, unter welchen Bedingungen und mit welchen Ergebnissen, ist Gegenstand der Diskussion. Dabei ist man sich einig, daß dieser Einfluß in den letzten Jahrzehnten eher zurückgegangen ist und die Wissenschaft der Politik heute weniger beratend als vielmehr dienend gegenübertritt. Dies wird besonders auf sozial- und wirtschaftswissenschaftlichem Gebiet deutlich, was Anlaß ist, über die Ursachen dieser Entwicklung nachzudenken. Neben der durchaus unterschiedlichen Regeln folgenden politischen und ökonomischen Logik scheint hierfür der wachsende Einfluß »mächtiger Interessengruppen« aus der Wirtschaft auf die Politik von Bedeutung zu sein. »In dem Maße« nämlich, so Uwe Jens, »wie die Lobby Einfluß auf die Politik gewinnt, vermindert sich die Einflussmöglichkeit der Wissenschaft« (I, S. 19). Andererseits, so Paul Klemmer, fehlt es den Beratern nicht selten »an empirischer Kompetenz« (I, S. 33), was

dazu führt, daß das nüchterne Geschäft der Politikberatung »ideologisch überfrachtet« wird. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch eine »gewisse Pfadabhängigkeit« der wissenschaftlichen Berater, was dazu führt, daß bestimmte Schulen und Richtungen im Beratungsgeschäft dominieren. In der Wirtschaft ist das gegenwärtig ganz eindeutig die neoliberale Richtung, womit sich das zweite hier vorgestellte Buch, die Studie von Erwin Weissel, kritisch auseinandersetzt. Indem sich die Volkswirtschaftslehre von einer politischen Wissenschaft zu einer esoterischen Disziplin entwickelt hat, die ihre Aufgabe vor allem in der »Analyse formaler und selbstdefinierter Probleme« (I, S. 63) sieht, nicht aber in der Lösung praktisch relevanter Fragen, hat sie ihren Niedergang als gesellschaftlich relevante Disziplin selbst mitverschuldet, so Bert Rürup und Kilian Bizer. Die Autoren fordern eine »Neuorientierung im Sinne einer Rückbesinnung auf die Wurzel« der Disziplin als *politischer Ökonomie*. Dies schließt ein, den »Wert ihrer Erklärungen an den daraus erwachsenden Gestaltungsoptionen für die Gesellschaft zu messen« (S. 63). Wahrlich, eine interessante Position, bloß daß dabei unberücksichtigt bleibt, daß der gegenwärtige Zustand der Volkswirtschaftstheorie politisch gewollt ist und dem pragmatischen neoliberalen Politikverständnis bestens entspricht. Hinzu kommt, daß im Selbstverständnis deutscher Wissenschaftler »operatives und entscheidungsorientiertes Denken« alles andere als selbstverständlich ist, da es »unterhalb der Professorenwürde rangiert« (I, S. 99) und schon deshalb schwer zu erreichen sein wird. Aber auch die Politik tut sich schwer mit wissenschaftlichen Vorgaben. So dienen zum Beispiel 80 Prozent der teilweise sehr teuren Gutachten, welche die Politik in Auftrag gibt, nicht wirklich der Entscheidungsfindung, sondern lediglich der nachträglichen Legitimierung bereits getroffener Entscheidungen (I, S. 105). Das Resümee ist folgerichtig für beide Seiten gleichermaßen niederschmetternd, für die Wissenschaft wie für die Politik: So schreibt Rüdiger Pohl: »Auf die heutige Wirtschaftspolitik hat kein Ökonom überhaupt einen Einfluß. Die Politiker haben nämlich entdeckt, dass Wirtschaftspolitik ohne eine konsistente theoretische Basis am bequemsten

ist. Zur Beruhigung der Ökonomen betraut man dieselben zwar mit Gutachten, die dann aber nach kurzer Rosinenpickerei sogleich in der Registratur landen.« (I, S. 131). – Die Vorgaben für die Politik kommen offensichtlich von anderer Seite, von den Mächtigen der Wirtschaft, den Vermögenden, den *Shareholdern*, die sich mit der neoliberalen Theorie eine brauchbare, ihre Herrschaft untermauernde »Ideologie« herangezogen haben.

Mit dieser Ideologie beschäftigt sich das zweite der beiden Bücher, wie der Titel uns schwer zu erkennen gibt. Sein Autor, der österreichische Volkswirtschaftspolitikprofessor Erwin Weissel, Jahrgang 1930, analysiert den Neoliberalismus sehr praktisch orientiert als Vorlage für eine »Politik für Profiteure«. Dies gelingt ihm jedoch nur partiell, da er bei seiner Kritik auf ein Gegenkonzept oder -konstrukt bewußt verzichtet und sich statt dessen in allgemeinen Erörterungen der zahlreichen Ungereimtheiten des Neoliberalismus ergeht. Stil und Anlage des Buches gleichen dabei eher einem langen Essay als einem Fachbuch. So verzichtet der Autor großzügig auf wissenschaftliche Exaktheit, Quellenverweise und Belege für die von ihm vertretenen Positionen. Statt dessen finden sich leicht lesbare Beschreibungen von Wirkungszusammenhängen und Ausflüge in Randgebiete der Politik. Zweifelsohne vermittelt das Werk dem Leser nützliche Einsichten in die komplexen Zusammenhänge der modernen Wirtschaftsgesellschaft. Diese sind jedoch gespickt mit zahlreichen Plattheiten und nicht frei von Fehlurteilen. So ist zum Beispiel davon die Rede, daß »1989 eine Angleichung der Löhne in den Neuen Bundesländern« (II, S. 22) durchgesetzt worden sei. 1989! – Dies ist doppelt falsch, sowohl was den Zeitpunkt anbetrifft als auch hinsichtlich des Faktums. Von einer Angleichung der Löhne kann bis heute nicht gesprochen werden.

Breiten Raum widmet der Autor dem Aspekt der »Verdinglichung« ökonomischer Verhältnisse im Kapitalismus bzw. dem »Fetischismus« in der Waren- und Geldwirtschaft. Dabei stellt er fest, daß »der Bürger in der gängigen, im wesentlichen auf dem Neoliberalismus beruhenden Argumentation mit Begriffen genarrt wird, die Dinge bezeichnen, hinter denen jedoch Menschen versteckt sind«

(II, S. 122 f.). Beispiele dafür sind »die Wirtschaft«, »der Markt«, »die Börse«, »die Globalisierung«. Blickt man hinter die Dinge, so sieht man die Unternehmer, die Manager, die Vermögenden mit ihren jeweiligen Interessen. »Die Verdinglichung dient ... dazu, nicht nur die Gewinner samt deren Gewinn, sondern auch die Verlierer und deren Verlust zu verschleiern« (II, S. 124). Dies ist zutreffend, aber nicht neu. Es wäre besser gewesen, hier auf ein Gegenkonzept zum Liberalismus zu rekurrieren, zum Beispiel auf das von Karl Marx, um davon ausgehend bestimmte Weiterentwicklungen der Theorie vornehmen zu können. So wirkt das Ganze jedoch ziemlich abgegriffen. Plausibler erscheinen da die wiederholt vorgenommenen methodischen Einwände gegen den Neoliberalismus sowie seine praktische Irrelevanz (II, S. 156 ff.). Als Lebensweisheit gibt der Autor dem Leser mit auf den Weg, daß der Neoliberalismus mit drei Illusionen behaftet sei, die es zu überwinden gilt: Erstens der Eindruck, die Wirtschaft stehe im Mittelpunkt der Politik und die anderen Bereiche seien lediglich der Rahmen für die Ökonomie. Hinter dieser falschen Auffassung verbirgt sich die Absicht der Wirtschaftsbesse, die Gesellschaft zu dominieren. Zweitens gibt der Neoliberalismus vor, bei anstehenden Entscheidungen alle Möglichkeiten des Handelns umfassend abzuwägen. Dies ist jedoch mitnichten der Fall: Er wählt immer nur diejenigen aus, die seinem Konzept zuträglich sind und ignoriert systematisch alle anderen Optionen. Drittens verbreitet der Neoliberalismus den Anschein, die Wirtschaft wäre einfach konstruiert und mit simplen Lösungen zu beherrschen. Aber auch das ist eine Illusion. Losungen wie »weniger Staat, mehr privat« helfen deshalb, so der Autor, nicht weiter (II, S. 207). Insgesamt wird deutlich, daß der Neoliberalismus keine in sich konsistente Theorie darstellt, sondern lediglich eine »Ideologie der Vermögenden« ist, mit deren Hilfe die Reichen und Mächtigen in der Gegenwart versuchen, ihre Vorherrschaft in der Gesellschaft zu »begründen« und zu zementieren.

ULRICH BUSCH

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Schlußbericht der Enquete- Kommission. Globalisierung der Weltwirtschaft, Leske + Budrich Opladen 2002, 620 S. (24,90 €)

Als erstes Parlament der Welt hat der Deutsche Bundestag eine Kommission eingerichtet, die sich mit den Fragen der Globalisierung beschäftigt. Daß das Interesse der Öffentlichkeit und noch mehr die der deutschen Bildungseinrichtungen an den Herausforderungen der Globalisierung sehr hoch ist, zeigt sich daran, daß bereits der Zwischenbericht der Enquete-Kommission nach kurzer Zeit vergriffen war.

Bei der Erstellung des Schlußberichts verfolgt die Kommission drei zentrale Fragestellungen: 1. Was sind die Gründe, die zur Globalisierung der Weltwirtschaft geführt haben? 2. Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft? 3. Welche Handlungsoptionen auf nationaler und internationaler Ebene können verantwortungsvoll die weiteren Entwicklungen beeinflussen? Sechs Arbeitsgruppen, die sich aus 13 Abgeordneten sowie 13 Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzen, beschäftigten sich mit Chancen der Globalisierung und Lösungsmöglichkeiten negativer Globalisierungseffekte. Berücksichtigt wurden wissenschaftliche Studien, globalisierungsrelevante Literatur und insgesamt 40 externe Expertisen. Das Ergebnis ist ein komprimierter Bericht, der an nuancierten Betrachtungen, Analysen und Handlungsempfehlungen kaum zu überbieten ist. Er ist schon allein deshalb lesenswert, um die in der Öffentlichkeit vorherrschenden medienwirksamen und deshalb auch verkürzten Argumentationen kritisch hinterleuchten zu können. Er ist aber auch lesenswert, weil sich mit dem Schlagwort »Globalisierung« auf der ganzen Welt viele Hoffnungen, aber auch viele (radikale) Kritiken und Ängste verknüpfen. Diese emotionalen Auseinandersetzungen gilt es zu entwirren und Instrumente aufzuzeigen, welche die oftmals gefühlte Machtlosigkeit überwinden und Mitgestaltung ermöglichen können.

Daß die Globalisierung zu einem der wichtigsten politischen Themen avanciert ist, zeigt sich in einer Reihe aktueller politischer Handlungsfelder, welche direkt oder indirekt mit diesem Gegenstand verknüpft sind: Die Diskurse um die Verschuldung von Entwicklungsländern, die effektivsten Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die optimale Steuerpolitik, die Debatte um einen globalen Klimaschutz, den Atomausstieg, den Import embryonaler Stammzellen und nicht zuletzt um die Handlungsspielräume von Nationalstaaten bei gleichzeitiger Europäisierung und Internationalisierung.

Die gesetzten Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppen versuchen die meisten politischen wichtigen Debatten zu integrieren: Mit welchen Reformen kann den Herausforderungen der globalisierten *Finanzmärkten*, wie zum Beispiel Finanzkrisen, Verschuldungen und Segmentationen begegnet werden? Wie kann der Handel und Wettbewerb in den globalisierten *Waren- und Dienstleistungsmärkten* transparent gemacht und effektiv gesteuert werden? Wie kann der deutsche *Arbeitsmarkt* international wettbewerbsfähig bleiben und gleichzeitig potentielle Globalisierungsverlierer integrieren? Wie kann Deutschland mit einer Bildungspolitik auf die wachsenden Anforderungen einer *Wissensgesellschaft* reagieren? Welche Maßnahmen fördern die *soziale Gerechtigkeit* und *Geschlechtergerechtigkeit* und gewähren Schutz sowie die Einhaltung der Menschenrechte? Wie können *Ressourcen* durch eine nachhaltige Politik und Ressourceneffizienz sowie Technologietransfer sinnvoll genutzt werden? Welche Handlungsoptionen bestehen im Zuge der Herausforderungen durch den *demographischen Wandel* der Weltbevölkerung? Und schließlich: Wie können verloren gegangene Handlungsspielräume des Nationalstaats durch eine *Global Governance* zurückgewonnen werden?

In den insgesamt zehn Kapiteln dieses Berichts werden über 200 Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Doch wurde einigen Vorschlägen, wie etwa zu einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte oder zu einer Einführung der Devisenumsatzsteuer, nicht einheitlich zugestimmt, da sie von den Fraktionen und den Mitgliedern der Kommission sehr kontrovers diskutiert wurden. Nicht zu-

letzt hierin zeigt sich die Schwierigkeit einer effektiven Steuerung von Globalisierungsprozessen, zumal intendierte Wirkungen ausbleiben oder unerwartete Nebeneffekte haben können. Alles in allem: Die weltweite politische Gestaltung der Globalisierung steckt noch in den Kinderschuhen und handlungsfähig sind diejenigen, die sich eh schon als Zentren der Weltwirtschaft wähen können. Inwieweit man semantisch von einer *Global Governance* sprechen kann, ist deshalb fragwürdig.

JUSTINE SUCHANEK

Deutscher Bundestag.

Enquete-Kommission

»Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Leske + Budrich Opladen 2002, 851 S. (29,80 €)

Der vorliegende Bericht »Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft« ist als Band 4 einer Schriftenreihe erschienen, die innerhalb eines öffentlichen Diskurses wichtige Anregungen für eine Stärkung der Bürgergesellschaft und eine Neubestimmung des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geben will. Die Enquete-Kommission konstituierte sich am 14. Februar 2000 und hat bis zum Juni 2002 über Sitzungen, öffentliche Anhörungen, Expertengespräche sowie durch zahlreiche Gutachten von externen Sachverständigen eine bemerkenswerte Bestandsaufnahme von Strukturen und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland erarbeitet. Um die Arbeitsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen zu können, wurde eine Schriftenreihe ins Leben gerufen, in der auch dieser Bericht erschien. Auf 851 Seiten erhält der interessierte Leser hier einen Überblick über das in Deutschland existierende Bürgerengagement. Ferner enthält der opulente Band Handlungsempfehlungen zur weiteren Förderung der bürgerschaftlichen Mitwirkung.

Struktur und Aufbau des Berichtes entsprechen dessen Charakter als umfangreiches Nachschlagewerk und Arbeitshandbuch für Politiker, Multiplikatoren, Initiatoren und Förderer bürgerschaftlichen Engagements in jedweder Form. Der Bericht ist in drei Teile gegliedert. Im Teil A wird in umfassender und informativer Weise eine Begriffsbestimmung und -abgrenzung der behandelten Gegenstände vorgenommen, werden die historischen Traditionslinien von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement entwickelt sowie Zeitbezüge hergestellt. Darüber hinaus werden, für jeden nachvollziehbar, Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement der jeweiligen Fraktionen des Deutschen Bundestages aufgezeigt. Im Teil B erfolgt dann eine umfangreiche, wenn auch nicht vollständige Bestandsaufnahme und Analyse des bürgerschaftlichen Engagements. An Beispielen ausgewählter Handlungsfelder (Sport, Kultur, Religion, Umwelt und Soziales), ausgewählter sozialer Gruppen (Frauen/Männer, Kinder/Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, Migrantinnen/Migranten) und bestimmter organisatorischer Seiten (Vereine, Verbände, Stiftungen, Freiwilligendienst) werden Bedeutung, unterschiedliche Inhalte, Ziele, Formen, Aspekte und Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Mitwirkung dargestellt. In einzelnen Abschnitten des Teils B werden Zusammenhänge des bürgerschaftlichen Engagements zu anderen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens hergestellt, wie zum Beispiel »Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit« und »Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat«. Im Teil C geht es um konkrete »Handlungsempfehlungen und Entwicklungsperspektiven in Staat und Gesellschaft«. In diesem Teil beschränkt sich die Darstellung der Enquete-Kommission unter anderem auf die Möglichkeit einer Erweiterung von Beteiligungsrechten der Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene, auf die institutionelle Verstärkung der Engagementförderung, auf die Verbesserung der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der Entbürokratisierung. Hervorhebenswert sind die Leitlinien der Enquete-Kommission, welche die eigene Position zum bürgerschaftlichen Engagement widerspiegeln.

»Für die Gestaltung der Bürgergesellschaft ist es von entscheidender Bedeutung, engagementförderliche Bedingungen, Gelegenheitsstrukturen sowie Lern- und Erfahrungsräume in den Familien, im Bildungs- und Erziehungssystem sowie in der Erwerbsarbeit zu schaffen. Diese Gelegenheitsstrukturen sind notwendig, um zivilgesellschaftliche Kompetenzen zu erwerben und bürgerschaftliches Engagement einzuüben.« (S. 21) Mit dieser Aussage bringt sich dieses Buch sehr gut in den gegenwärtigen Diskurs über Lebenskultur, Lernkultur und Arbeitskultur in unserer Gesellschaft ein. Wir können auf weitere Veröffentlichungen der Arbeitsergebnisse der Kommission gespannt sein.

SIGRID BUSCH

**Franz Josef Radermacher:
Balance oder Zerstörung.
Ökosoziale Marktwirtschaft
als Schlüssel zu einer weltweiten
nachhaltigen Entwicklung,
Ökosoziales Forum Europa
Wien 2002, 312 S. (15 €)**

Mit der »Formel für Wachstum und Gerechtigkeit« dürfte Franz Josef Radermacher der Diskussion um Wege zu mehr Nachhaltigkeit einen wichtigen Impuls gegeben haben. Dazu wird auch die zuspitzende Formel 10 Æ 4:34 und die Forderung eines beschleunigten Wirtschaftswachstums beitragen.

Der Autor, Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler, Professor für angewandte Informatik und Leiter des Forschungsinstitutes für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung in Ulm, zentriert seine Untersuchung auf drei Fragen: (1) die Equity (Gerechtigkeit) – Frage des weltweiten sozialen Ausgleichs bei ökologischer Nachhaltigkeit, (2) wahrscheinliche Entwicklungspfade bei unterschiedlichen politischen Weichenstellungen, insbesondere auch die Gefahren, die mit der gegenwärtigen Orientierung der US-Administration unter George W. Bush verbunden sind und (3) die notwendigen Schritte zu einem Weltgesellschaftsvertrag für eine ökosoziale Marktwirt-

schaft. Er konstatiert den Zustand einer »globalen Apartheid«, gekennzeichnet durch unerträgliche Ungleichheit; ein Zustand, der »absolut nicht zukunftsfähig ... und langfristig nicht haltbar (ist)« (S. 116). Diese Ungleichheit quantifiziert er mittels eines neuen Ansatzes für die Messung der Verteilung, den sogenannten Equity-Faktor. »Dieser neue Ansatz ist unmittelbar durch die EU-Definition von Armut inspiriert. In dieser Definition werden Menschen als arm definiert, wenn sie über weniger als das halbe Durchschnittseinkommen verfügen« (S. 78). Aus der Definitionsgleichung für den Equity-Faktor ergibt sich ein Faktor von 1:1 (100 %) bei völliger Gleichverteilung und ein Faktor von 1:2 (50 %) bei einer Verteilung mit 75 % der Bevölkerung unter dem Durchschnittseinkommen.

Es soll hier nicht auf die mathematische Seite seiner Überlegungen eingegangen werden – seine Ergebnisse ähneln nach eigener Einschätzung denen, die bei Berechnung von anderen Meßgrößen für die soziale Ungleichheit, zum Beispiel Gini-Koeffizienten, entstehen (S. 80) –, vielmehr sollen zwei empirische Ergebnisse, die für die weiteren Überlegungen essentiell sind, vorgestellt werden: *Erstens* haben industriell hochentwickelte Länder Equity-Faktoren zwischen 46 % (USA) und 65 % (Österreich). *Zweitens*: Wird nicht die Ungleichheit innerhalb der Länder gemessen, sondern die Welt als Ganzes, das heißt, wird nicht die soziale Schichtung eines Landes untersucht, sondern die einzelnen Länder als Teil der Welt insgesamt, so ergibt sich ein Faktor von 12,5 %. Dieser Faktor liegt noch unterhalb des Faktors von Brasilien (27 %), dem Land mit der größten sozialen Ungleichheit auf der Erde (S. 84 f). In der Analyse der Ursachen legt Radermacher kein systematisches Konzept vor, vielmehr finden sich Äußerungen zu diesem Komplex an verschiedenen Stellen der Arbeit, dann jedoch teilweise sehr rigoros. Die Weltwirtschaft leide unter einem falschen »ökonomischen Design« (S. 39), gekennzeichnet von »Vorteilsnahme«, »Plünderung« und »Elementen von struktureller Gewalt« (S. 42). Der Autor läßt keinen Zweifel daran, daß es die »Ungerechtigkeit der Eigentumsordnung« (S. 97) ist, die zu Ungerechtigkeiten führt und daß das »Paradigma einer immer weiter gehenden Deregulierung« einen para-

digmatischen oder Systemfehler hat (S.156). Letztlich macht er die »Freihandelslogik« für die schwerwiegenden Fehlentwicklungen der Weltwirtschaft verantwortlich: »In einer Welt mit falscher Ordnung rechnet es sich, das Falsche zu tun« (S. 249). Die wahrscheinlichen Entwicklungen der nächsten fünfzig bis hundert Jahre beschreibt Radermacher anhand von vier Szenarien, die anhand von jeweils zwei Fragestellungen geordnet werden: Werden die ökologischen Grenzen des Wachstums berücksichtigt? Und: Kommt es zu konsensbasierten Lösungen unter Beachtung der bürgerlichen Freiheiten? Bei der Behandlung dieser Szenarien geht er besonders ausführlich auf zwei Entwicklungsmöglichkeiten ein: die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Welt handelsordnung, verbunden mit der Zementierung der sozialen Ungleichheit bei Absicherung des in den reichen Ländern erreichten Standards durch massive Sicherheitsmaßnahmen (Szenario B) und die ökosoziale Marktwirtschaft, das heißt die Berücksichtigung ökologischer Grenzen und der Freiheits- und Menschenrechte bei Steigerung der Equity (Szenario C).

Radermacher sieht starke Anzeichen dafür, daß die USA die Ereignisse vom 11. September 2001 dafür benutzen, um auf egoistische Weise ein Szenario vom Typ B durchzusetzen. Bei der Kritik an diesem Weg läßt er es an starken Worten nicht fehlen; für ihn ist der 11. September eine »Reaktion«, wenn auch unangemessen und verurteilenswert, des Südens auf die globale Ungerechtigkeit: »...den etwa dreitausend Opfern des Anschlages vom 11. September (stehen) mindestens vierundzwanzigtausend Menschen gegenüber, die täglich weltweit verhungern« (S. 190). Die Formen dieser Strategie analysiert er anhand der US-Politik und am Beispiel Israels. Er ordnet diesem Szenario eine hohe Wahrscheinlichkeit zu; es sei äußerst gefährlich und vermag die aufgezeigten globalen Probleme letztendlich nicht zu lösen: »Kommt es wegen der Auflehnung der Zivilgesellschaft gegen die Sicherheitsmaßnahmen früher zum Crash oder kann der Druck im Kessel noch etwas länger gehalten werden, so daß der Crash erst später kommt? Ein Crash, vielleicht in Form von Terror, als Reaktion auf das massive Verhungern rund um den Globus bei gleichzeitigem

großen Reichtum an der Spitze der Pyramide und als deutlicher Ausdruck des Widerstands gegen eine für jeden ethisch geprägten Menschen offensichtliche und unerträgliche Ungerechtigkeit, die dieser Form globaler Ordnung innewohnt.« (S. 196) Zwei wesentliche Schlußfolgerungen werden aus der Analyse dieses gegenwärtigen weltpolitischen Trends deutlich: Es wird keine nachhaltige Entwicklung geben, wenn die USA nicht in eine Trendwende einbezogen werden können und er unterstreicht zweitens die Notwendigkeit einer Wende, eines »new deal« als einer Frage von Krieg und Frieden. Es ist nicht ein ökologischer Kollaps, der die Welt in nächster Zeit bedroht, sondern der Krieg um knapper werdende Ressourcen. Vgl. hierzu seinen Beitrag in *UTOPIE kreativ* 148 (Februar 2003).

Den Ausweg in Richtung auf eine zukunftsfähige Entwicklung (Szenario C, oder auch »dritter Weg«) verbindet er mit vier Momenten: (1) die Formel 10 ÷ 4:34; (2) die ökosoziale Marktwirtschaft; (3) das Konsensmodell und einen Weltvertrag; (4) eine sogenannte Doppelstrategie zur Verhinderung der sicherheitspolitischen Hegemonie der USA.

Einen völligen sozialen Ausgleich lehnt Radermacher ab, dies sei »extremer Kommunismus«. Für eine hohe Gleichverteilung zahle man als Preis den Verlust an Dynamik (S. 86). Aber der gegenwärtige Zustand sei »absolut nicht friedens- und zukunftsfähig« (S. 85) und ebenso mit niedrigerem Wachstum verbunden. Das mindestens anzustrebende Ziel sei zunächst ein Wert von 47 % (S. 127).

Die Formel 10 ÷ 4:34 beinhaltet die Wachstumsrelationen zwischen Nord und Süd, wenn innerhalb von etwa 50 Jahren dieses Verteilungsziel erreicht werden soll, nämlich eine Vervierfachung des Konsumniveaus in den hochentwickeltesten Ländern, während es sich in den Entwicklungsländern auf das 34fache steigern muß (S. 127 f.). Weltweit steigt das Bruttosozialprodukt damit insgesamt um den Faktor 10, wobei der Autor von einem »doppelten Faktor 10« (S. 29) ausgeht und dieses Wachstum eine Verzehnfachung der Ökoeffizienz einschließen muß.

Auch wenn diese Dynamik illusorisch erscheint (Die Wirtschaft der Entwicklungsländer wuchs mit einer Rate von 3,2 % im Durchschnitt der letzten Jahre; mit diesem Wachs-

tum könnten sie ihr BSP bis 2050 verfünffachen. Die entsprechende Rate der OECD-Länder lautet 1,5 %, was eine Verdopplung bedeuten würde.), so wird damit zumindest die Richtung und die Dynamik deutlich, die erforderlich wären, um in absehbarer Zeit zu einem globalen Ausgleich zu gelangen. Die Bedingung für eine solche Entwicklung in den nächsten fünfzig bis hundert Jahren sieht Radermacher in der Schaffung einer ökosozialen Marktwirtschaft, wobei er auf Josef Rieglers Konzept verweist, in einem neuen »weltökonomischen Design« (S. 258) mittels eines Weltvertrages, für den er konkrete Schritte der Implementierung entwickelt, und einer massiven Aufrüstung Europas, um die Hegemonie der USA brechen und mit ihr »auf gleicher Augenhöhe« operieren zu können, »auch wenn das im weitesten Sinne gegen die soziale Logik Europas ist« (S. 289). Radermacher bezeichnet dies als Doppelstrategie, weil Europa zwar erklärt, die Aufrüstung sei nicht gewünscht, aber mit einer stärkeren Aufrüstung droht für den Fall eines amerikanischen Alleingangs.

In der EU sieht Radermacher das Modell eines zukunftsfähigen Weltsystems. Im Rahmen dieses Modells werde mit den neuen Mitgliedern über »Kompensationen« verhandelt: schrittweise Akzeptanz der erforderlichen sozialen und ökologischen Standards durch die neuen Staaten im Ausgleich für die Einbeziehung in das ökonomische System mit entsprechenden Kompensationszahlungen. Detailliert beschreibt er die Schrittfolge zur Übertragung dieses Modells in die Dimension eines Weltvertrages. Seine zeitliche Abfolge sieht für 2052 die »volle Implementierung einer Welt-demokratie (Rio + 50)« vor (S. 267). So sympathisch und notwendig dem Rezensenten das Entwerfen einer Langfriststrategie mit dem Ziel eines Weltvertrages und einer Weltdemokratie scheint, so problematisch erscheint ihm deren Inhalt. Obwohl an vielen Stellen die dem bestehenden System innewohnenden Fehlorientierungen für die wirtschaftliche Entwicklung benannt werden, will nicht recht einleuchten, warum die EU, die seit ihrem Bestehen fester Bestandteil des Systems ist und die bisherige Fehlentwicklungen keineswegs verhindern konnte, nun als die Lösung der globalen Probleme betrachtet wird. Problema-

tisch scheinen dem Rezensenten auch die Überlegungen zur europäischen Rüstungspolitik, weil damit faktisch ein neues Wettrüsten, diesmal zwischen der EU und den USA, in Gang gesetzt würde. Diese Vorbehalte schmälern freilich nicht den großen Gewinn, den die Lektüre des Buches zurückläßt.

JÜRGEN LEIBIGER

Stephen Eric Bronner:
Imagining the Possible.
Radical Politics for Conservative
Times, Routledge New York &
London 2002, 240 p. (19,95 US\$)

Mit Stephen Eric Bronner hat ein Protagonist transatlantischen sozialistischen Denkens eine Essaysammlung unter dem Titel *Das Mögliche denken* veröffentlicht. Die Sammlung umspannt einen Zeitraum von mehr als zwanzig Jahren, in dem sich der Autor, Professor an der Rutgers University für politische Wissenschaft und vergleichende Literaturwissenschaft, kritisch mit einer Reihe von Fragen auseinandersetzt. Das Buch gliedert sich in drei Teile: Part 1 »Radical Impulses« kann als eine grundlegende Auseinandersetzung mit sozialistischen Denkschulen und Teilbewegungen betrachtet werden. In Part 2 »Words and Deeds« reflektiert Bronner auf das Handeln und Denken verschiedener Politiker und Wissenschaftler, deren Worte und Taten ihn inspiriert haben. Part 3 schließlich »In Pursuit of Progress« formuliert angesichts bestehender sozialer Verhältnisse Handlungsoptionen für die Linke.

In Erinnerung an Rudi Dutschke schrieb Bronner den Essay »The socialist project« (Part 1). Hier untergliedert er die sozialistische Bewegung in zwei Hauptströmungen, die sozialdemokratische und (seit 1917) die kommunistische. Obwohl beide aus der marxistischen Tradition hervorgegangen sind, bildeten sich schon früh Unterschiede im Verständnis des Begriffs »Sozialismus« heraus. Bronner rekurriert auf Marx, Gramsci, Lukács und Bloch. Mit Bernstein und Lenin jedoch erfuhr der Sozialismus seine Teilung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel. Beide diskreditieren die sozialistische Idee

noch heute: der Kommunismus, indem er schlicht und einfach mit dem Begriff der Repression verbunden ist, der Sozialdemokratismus, indem er zu einer technokratischen Maschinerie verkommen ist, welche die Prinzipien und Ziele des Sozialismus um des reinen Machterhalts des Parteiapparates über Bord geworfen hat und täglich wirft. Aber, so führt Bronner aus, mit der Studentenbewegung von 1968 (Dutschke) sei so etwas wie ein dritter Weg beschritten worden: jenseits von Totalitarismus und Opportunismus. In bezug auf Marx und den zentralen Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus, daß nicht entscheidend sei, was sondern wie produziert wird, suchten die Studenten nach Lösungen, die in der »Autogestion« bestanden und sich an historischen Vorbildern wie der Pariser Kommune und den Sowjets und Arbeiterräten orientierten und in die Selbstverwaltung des Proletariats münden sollten (S. 22/23). Diesem Zugang zum Sozialismus mißt Bronner genügend Bedeutung bei, um einen weiteren Essay »Looking backwards: 1968 thirty years after« über die Bewegung von 1968, von Chicago über Prag, von Paris bis Berlin, folgen zu lassen.

Doch läßt sich hier schon ein zentraler Kritikpunkt festmachen. Nämlich die Zweiteilung der sozialistischen Bewegung in den Reformismus sozialdemokratischer Provenienz und den revolutionären Kommunismus. Die ursprüngliche Trennlinie verlief bekanntlich schon in der frühen Internationalen Arbeiter-Assoziation zwischen den marxistisch orientierten Sozialdemokraten (damals noch in Programm und Rhetorik sozialistisch revolutionär) und den sich an Bakunin orientierenden Anarchisten. Bei der verzweifelten Suche nach sich selbst hat die Linke eine ihrer Wurzeln nahezu komplett vergessen, obwohl der iberische Sozialismus primär anarchistisch war und es auch heute in diesen und lateinamerikanischen Ländern libertäre Tendenzen in der sozialistischen Bewegung gibt. Doch auch bei Bronner läßt sich beobachten, daß dieser Möglichkeit eines dritten Weges keinerlei Beachtung, weder theoretisch noch praktisch, beigemessen wird.

Äußerst empfehlenswert ist der Essay über Albert Camus »In the shadow of the resistance. Albert Camus and the Paris Intellec-

tuals« (Part 1). In der Analyse einiger Schriften Camus' gelingt es Bronner, ein eigenes literarisches Werk zu schaffen, in dem die politisch-moralische Darstellung Camus' im Vordergrund steht. Ein pures Lesevergnügen, auch wenn man Bronners Einschätzung, daß Albert Camus niemals ein großer politischer Denker war, so nicht teilen möchte (S. 40; vgl. dazu die gegenteilige Position: Lou Marin: Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus, Verlag Graswurzelrevolution 1998).

»Worte und Taten«, so ist der zweite Teil der Essaysammlung benannt. In diesem Teil erlangt das Buch seine größte Reichweite, setzt sich der Autor doch sehr lesenswert mit so streitbaren (und Bronner streitet) und weit links positionierten Personen der sozialistischen Vergangenheit wie Rosa Luxemburg (»Red dreams and the new millenium. Notes on the legacy of Rosa Luxemburg«) und ebenso streitbaren, aber weit weniger radikalen Wissenschaftlern wie Ulrich Beck (»Ecology, Politics and Risk. The social theory of Ulrich Beck«) auseinander. Ausgehend von Luxemburgs Dissertation, beschreibt der Autor die Grundlagen Luxemburgscher Politik und ihren (marxistischen) Glauben daran, daß der Kapitalismus seine antagonistischen Kräfte selbst produziert und von diesen revolutionär besiegt und beendet werden wird (S. 96). Bronner entwickelt einen Einblick in Luxemburgs Denken und bettet es in seinen historischen Kontext, kritisiert es aber methodisch zweifelhaft aus der Perspektive des Spätgeborenen und damit um die historischen Entwicklungen Wissenden. Beck hingegen wird als Eklektizist entlarvt, dessen Denken Anlehnungen bei Habermas, Luhmann, aber auch Marx oder Giddens nimmt und völlig untraditionell sei (S. 128). Bekanntlich werden Becks theoretische Überlegungen (unter anderem sein Modell einer Risikogesellschaft) mittlerweile unter den Theorien der Überwindung des Kapitalismus subsumiert (vgl. hierzu Nina Baur: Soziologische und ökonomische Theorien der Erwerbsarbeit. Eine Einführung, Campus Verlag Frankfurt/New York). Diese Konkurrenz von exogener revolutionärer und endogener selbstverursachter Zerstörung des kapitalistischen Systems zeigt die Bandbreite, in der man agieren kann, wenn man in Anknüpfung

an Bronners Buchtitel versucht, sich das Mögliche vorzustellen und radikale Politiken für konservative Zeiten zu denken. Auch wenn man dem Autor nur zustimmen kann, wenn er anhand seiner Kritik an Luxemburg befindet, daß die Revolution (momentan) kein Thema mehr für die westlichen Demokratien ist (S. 99).

»The rhetoric of reaction« (Part 3) ist im eigentlichen Sinne kein Essay, sondern eher eine essayistisch verfaßte Rezension des gleichnamigen Buches von Albert O. Hirschman (Hirschman: The rhetoric of reaction. Perversity, futility, jeopardy, Harvard University press, 1991). In Auseinandersetzung mit der Perversions-, Sinnlosigkeits- und Gefahrenthese macht Bronner all denen Mut, die bereit und willens sind, die bestehenden Verhältnisse verändern zu wollen. Die Thesen setzen an der verändernden Aktion an und besagen erstens, ganz frei nach Goethe, ich bin die Kraft, die Gutes will und Böses schafft. Dadurch, daß der Versuch einer sozialen Veränderung eines bestehenden Mißstandes häufig zu dessen Verschärfung führt, verdeutlicht diese Perversion die Sinnlosigkeit sozial verändernden Handelns. Gleichzeitig beinhaltet soziale Veränderung immer ein Gefahrenpotential, das es seinerseits sinnvoll erscheinen läßt, auf verändernde Aktionen zu verzichten. Diese Thesen lassen sich als die Rhetorik der Reaktion zusammenfassen. Nur Mut, möchte man mit Bronner sagen, es gibt genügend Gegenbeispiele, in denen sich der Wille zur Veränderung als eine Kraft erwiesen hat, die positive Resultate erzielen kann.

Bronner erreicht mit seinem Buch, daß der Leser sich gezwungen sieht, Sozialismus neu zu denken. Auch wenn der Sozialismus dabei teilweise in antiquiertem Gewande erscheint, so wird er konsequent kritisch analysiert. Die Reichweite der Artikel ist beeindruckend und obwohl als reine Essaysammlung angekündigt, so sollte man doch differenzieren zwischen dem politischen und dem literarischen Essay, sowie erwähnter Rezension. Das Buch ist mehr als lesenswert. Es ist gehaltvoll und anregend. Sollte das Buch nicht in einer Übersetzung erscheinen, bleibt der hoffentlich großen Leserschaft wohl nichts weiter übrig, als ein Wörterbuch zu Hilfe zu nehmen.

MARTIN SCHIRDEWAN

Michael Hartmann:
Der Mythos von den Leistungs-
eliten. Spitzenkarrieren und soziale
Herkunft in Wirtschaft, Politik,
Justiz und Wissenschaft,
Campus Verlag GmbH
Frankfurt/Main 2002,
208 S. (19,90 €)

Der Traum, vom Tellerwäscher zum Millionär aufzusteigen, ist über den puren Subsistenzdruck hinaus ein wichtiger Leistungsansporn in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. *Leistung muß sich lohnen! Jeder ist seines Glückes Schmied!*, wer kennt nicht diese Sprüche, die unablässig durch die Medien transportiert werden. Wer sich anstrengt und Fleiß anbietet, bringt es zu etwas, lautet die Verheißung der »Leistungsgesellschaft«. An diesem ideologischen Fundament wagt Michael Hartmann, Soziologie-Professor an der TU Darmstadt, zu rütteln. Schon in der Einleitung stellt Hartmann seinen Scharfsinn und seine aufklärerische Intention unter Beweis. Süffisant macht er auf die »Doppelbödigkeit und ungewollte Ironie« (S. 16) aufmerksam, die Friedrich von Bohlen mit einem Aufsatz für den Internetauftritt der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* erregt (www.chancenfueralle.de). Bohlen fordert darin mehr Eigeninitiative in Deutschland, mehr »Lust auf Selbständigkeit«, mehr Mut zum Scheitern und gibt sein Credo preis: »Nur wer etwas wagt, kann gewinnen!«. Damit werbe, so Hartmanns feinsinniges Urteil, »ausgerechnet der wohlhabende Spross einer der ältesten Industriellenfamilien Deutschlands, der Lieblingsneffe von Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, für das Motto ›Chancen für alle‹«.

Die Stärke des Buches liegt in dem so originellen wie simplen Ansatz, mit dem Hartmann die gesellschaftlichen Erfolgsmechanismen unter die wissenschaftliche Lupe nimmt. In einer akribischen Vollerhebung untersucht er die Lebensläufe von 6 500 promovierten Ingenieuren, Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern der Promotionsjahrgänge 1955, 1965, 1975 und 1985. Hartmann und seine Mitarbeiter ermittelten über den Beruf des Vaters die

soziale Herkunft der Promovierten und rechenarten anhand der einschlägigen *Who-is-Who*-Nachschlagewerke ihren weiteren beruflichen Werdegang. Die Ergebnisse der Analyse lassen an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig.

Seit langem ist wissenschaftlich belegt, daß der Hochschulzugang und in noch stärkerem Ausmaß eine Promotion hochgradig sozial selektiv sind (vgl. S. 53 ff.). Die Schule kann das unterschiedlich verteilte physische und kulturelle Kapital des familiären Hintergrundes nicht ausgleichen, wie die PISA-Studie einmal mehr bestätigt hat. Die Studie Hartmanns fördert darüber hinausgehend die deprimierende Tatsache zutage, daß selbst wenn die Kinder aus der Arbeiterklasse und den Mittelschichten die Hürde einer Promotion überwunden haben, die soziale Herkunft letztendlich den entscheidenden Ausschlag für die berufliche Karriere gibt. Die Kinder aus dem gehobenen Bürgertum haben gegenüber diesen eine um 46 % höhere, die des Großbürgertums eine doppelt so hohe Chance, nach einer Promotion in wirtschaftliche Führungspositionen aufzusteigen (vgl. S. 79). Genauer gesagt sind es die Söhne, die avancieren. Promovierte Frauen haben immer noch eine um 90 % geringere Chance, in der Wirtschaft Karriere zu machen (vgl. S. 77).

Für Hartmann liegen die Ursachen dafür klar auf der Hand. Es sind die »feinen Unterschiede« (Bourdieu), der Habitus, der einem den Weg in die Chefetagen der großen deutschen Unternehmen ebnet. Besonders »die Vertrautheit mit den in den Vorstandsetagen gültigen Dress- und Verhaltenscodes, eine breite bildungsbürgerlich ausgerichtete Allgemeinbildung, eine ausgeprägte unternehmerische Einstellung ... und als wichtigstes Element persönliche Souveränität und Selbstsicherheit« (S. 122) müssen bei dem Bewerber vorhanden sein. Die Einstellungen zu den Top-Positionen der deutschen Wirtschaft folgen offensichtlich dem Muster: *Gleich und gleich einstellt sich gern*. Die soziale Öffnung der Universitäten hat also keine Öffnung der Laufbahnen für alle gesellschaftlichen Schichten mit sich gebracht. Hartmann konstatiert vielmehr, daß »statt einer sozialen Öffnung ... hier sogar eine weitere Schließung zu beobachten (ist)« (S. 79) und erteilt auf der Grund-

lage seiner Ergebnisse soziologischen Tellerwäscher-Konzepten einer angeblichen »Wahlbiographie« (Beck) eine klare Absage.

Bei Karrieren in der Justiz, der Politik und öffentlichen Unternehmen sieht das Bild ein wenig anders aus. Dort haben Kinder aus der Arbeiterklasse und Mittelschichten bessere Aufstiegschancen. Hartmann schreibt dies den formalisierteren Bewerbungsverfahren und dem größeren Einfluß der großen Volksparteien auf die Stellenbesetzung zu. Angesichts schlechterer Karrierechancen in der Wirtschaft selbst für Kinder aus dem Großbürgertum prognostiziert Hartmann, daß diese zunehmend die Kinder niederer sozialer Herkunft in diesen Bereichen verdrängen werden.

Wer mit der bildungspolitischen Entwicklung in der BRD vertraut ist und Tabellen zu lesen vermag, der kann auf den etwas trockenen Mittelteil (Kapitel 2 bis 4) getrost verzichten, der sich weitgehend in der Verbalisierung der erstellten Tabellen und erläuternden Hintergrundinformationen erschöpft. Die Leser sollten sich dafür mehr Zeit für die locker geschriebene Einleitung und die lohnenswerten Schlüsse des Autors nehmen, dem es mit seinem Ansatz gelingt, das bürgerliche Leistungsideal als ideologisches Blendwerk der Herrschenden zu entlarven. Der real existierende Kapitalismus sieht eben anders aus als die glanzpapierne Theorie einer klassenlosen Leistungsgesellschaft, die um ihn gebaut wird. Denn der Tellerwäscher, der Tellerwäscher geblieben ist, ist den bürgerlichen Medien keine *story* wert und doch die traurige Regel.

OLIVER BUSCH